

Zeitweiliger Abbruch der Beziehungen zur Sowjetregierung.

Revolutionäre Machenschaften der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin.

Revolutionäre Machenschaften der Berliner Vertretung der Sowjetrepublik.

(B.Z.) Berlin, 5. Nov. (Amtl.) Am 4. November abends traf, von Moskau kommend, der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Beim Hinuntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch Anstoßen beschädigt, sodaß die darin befindlichen Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „International“ (der Spartacusgruppe) unterzeichnet war, enthielt einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, sowie zum Mordanschlag und Terror auffordert. Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem abgeschlossenen und bewachten Raum sicher gestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Ein neuer Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda. (B.Z.) Berlin, 6. Nov. Vorgestern wurde amtlich mitgeteilt, daß der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter völlerrechtswidrigerweise nach Berlin gebracht hat, die die deutschen Soldaten und Arbeiter zum blutigen Umsturz, zum Mordanschlag und zum Terror auffordern und nähere Anweisungen hierzu geben. Heute liegt ein weiterer Fall eines derartigen agitatorischen Treibens vor, der beweist, daß von amtlicher bolschewistischer Seite revolutionäre Propaganda auch unter unseren Truppen im Osten getrieben wird. Die offizielle Zeitung der russischen Sowjetregierung „Iswestija“ enthält in ihrer Nummer 227 unter der Überschrift „Der rote Soldat“ folgende, vom 17. Oktober datierte Nachricht aus Smolensk: Heute traf die erste Nummer der Zeitung „Der rote Soldat“ ein, die von dem Kriegsrevolutionsrat der deutschen Ostarmee herausgegeben wird. Die Soldaten werden darin zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert. — Wie an Berliner zuständiger Stelle bekannt ist, wird diese Zeitung „Der rote Soldat“ in Rußland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt. Bei der Ostarmee besteht weder eine solche Zeitung, noch ein Kriegsrevolutionsrat. Die Nachricht ist also eine für bolschewistische Zwecke aufgetragene Unwahrheit. Wenn auch anzunehmen ist, daß der gesunde Geist unserer Truppen im Osten diesem agitatorischen Treiben der Bolschewistregierung energischen Widerstand entgegenzusetzen wird und daß die Truppenführer alle Schutzmaßnahmen getroffen haben, um diese bolschewistische Propaganda unwirksam zu machen, so muß im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung und unseres Heeres doch dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda als besonders dreistes Manöver gebrandmarkt werden.

Zeitweiliger Abbruch der Beziehungen Deutschlands zur Sowjetrepublik.

(B.Z.) Berlin, 5. Nov. Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Bürgschaften dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben wird und daß der noch immer ungeführte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung ist ersucht worden, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso sind die deutschen amtlichen Vertreter aus Moskau abberufen worden.

Der „Vorwärts“ zur bolschewistischen Propaganda in Deutschland.

(B.Z.) Berlin, 6. Nov. Herr Joffe, der russische Botschafter in Berlin, dessen Stellung unhaltbar geworden ist, dürfte bereits gestern abend mit dem gesamten Personal der Botschaft Berlin verlassen haben, um nach Moskau zurückzukehren. Gestern mittag weihte er zu längerer Unterredung im Auswärtigen Amt. Die Berliner Stelle der „Russischen Telegraphenagentur“ ist gestern nachmittag aufgehoben worden.

Der „Vorwärts“ schreibt: Schon lange ist behauptet worden, daß sich die russische Botschaft in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches in unzulässiger Weise einmische und jene in Deutschland nur sporadisch vertretene Richtung begünstige, die ihrer Partei politisch am nächsten liege. Wir haben diese Behauptung in gutem Glauben bestritten, auf Erklärungen gestützt, die von dem russischen Botschafter selbst abgegeben worden waren. Diese Erklärungen aber haben sich als unwahrhaftig herausgestellt, so daß wir zu unserm Bedauern gezwungen sind, von der russischen Botschaft in jeder Beziehung Abschied zu nehmen. Wiederholt wurde von uns vor geheimnisvollen Flugblättern gewarnt, die den Zweck verfolgten, Aneignung und Zerspaltung in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen und sie zu einer Soldat zu ermuntern, die russischen Verhältnisse entsprechen mag, den deutschen aber nicht entspricht. Wir wollen keine russischen Zustände, denn wir wissen, daß das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft Hungers stirbt, obwohl es ein vorwiegend aderbautreibendes Land ist. In Deutschland müßte die Einführung gleicher Methoden zu noch viel entsetzlicheren Zuständen führen. Die deutsche Arbeiterklasse ist sozialistisch durch und durch, aber den Sozialismus asiaticus, der sich Bolschewismus nennt, lehnt sie ab.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die Entente jögert die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen immer weiter hinaus, weil sie einerseits noch weitere militärische Erfolge an der Westfront erwartet, und sich andererseits mit dem Gedanken trägt, Deutschland von Oesterreich-Ungarn her zu bedrohen. Die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn sichern den Alliierten dieses Land als Aufmarschgebiet, und nach der Besetzung der Demarkationslinie in Tirol, wie sie von Italien vorgeschrieben wurde, steht das alliierte Heer noch etwa 50 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt. Auch will man die Tschechoslowaken und Südslaven zum Krieg gegen Deutschland verwenden. Die Polen sollen ebenfalls zur Auflehnung gegen Deutschland gebracht werden, deshalb hat sich Herr Wilson beiläufig die polnische Armee als „kriegsführende“ Macht anzusehen. Das soll doch nur bedeuten, daß die Polen aufgehetzt werden sollen, sich das holen, was sie wünschen. Das ist Wilsonsche Friedenspolitik von Anfang an gegenüber Deutschland gewesen. Wir hoffen, daß man sich bei uns über den Charakter Wilsons, wie überhaupt der amerikanischen Politik noch klar wird, ehe wir vollständig dem angelfächlichen Unterwühlungsmanöver zum Opfer gefallen sind. Es wird jetzt schon von Amerika gemeldet, daß Wilson keinen entscheidenden Einfluß auf die Waffenstillstandsbedingungen habe, daß er aber bei den Friedensverhandlungen für die Durchführung seiner Grundzüge eintreten wolle. Das ist eine so plumpe Ausrede, daß man wirklich nicht glauben sollte, die deutsche Regierung falle darauf rein. Man will Deutschland wehrlos machen, und damit es sich eher zu Bedingungen verstehe, die eine Wiederaufnahme des Krieges im Falle existenzbedrohender Friedensbedingungen ausschließen, wird dem deutschen Volk vorgemacht, Wilson werde dann schon dafür sorgen, daß seine Grundzüge der „Gerechtigkeit“ angenommen werden. Wenn Wilson heute keinen Einfluß hat oder — haben will, dann hat er bei den Verhandlungen überhaupt keinen Einfluß. Daß wir aber nicht auf solche Waffenstillstandsbedingungen eingehen, noch einzugehen gezwungen sind, die uns der Entente völlig ausliefern, darauf weist das Organ der deutschen Regierung, die „Nordd. Allg. Ztg.“, in einer Erörterung der Friedensbedingungen der Entente hin, wie sie von dem englischen Propagandaminister Lord Northcliffe aufgestellt worden sind. Die Zeitung stellt fest, daß die Bedingungen von der strategischen Lage und der tatsächlichen Stärke der deutschen Armee abhängen werden, die noch nicht geschlagen sei, weil die ihr gegenüberstehenden Streitkräfte sich in Ueberzahl befinden. Die deutsche Regierung werde sich bereitfinden lassen, Bedingungen für einen Waffenstillstand anzunehmen, der die Durchführung eines Friedens der Gerechtigkeit einleite, nicht aber Bedingungen, die die Verwirklichung eines Northcliffefriedens fordern, in dem sie die praktischen Einzelheiten der Anwendung der 14 Punkte bedingungslos in die Hände einer der beteiligten

kriegsführenden Mächte lege. Also wir wollen über Elsaß-Lothringen und die polnischsprachigen Gebiete Preußens verhandeln, nicht aber unsere deutschsprachige Bevölkerung an Franzosen und Polen einfach ausliefern. Solange unser Heer hält, brauchen wir auch keinen bedingungslosen Frieden annehmen und der Aufmarsch des feindlichen Heeres von Oesterreich-Ungarn her wird nicht so schnell vorstatten gehen, als daß wir nicht geeignete Maßnahmen treffen könnten. O. S.

Noch keine Waffenstillstandsbedingungen bekannt.

(B.Z.) Berlin, 5. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: An dem Gerücht, die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch vorenthalten, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Die Waffenstillstandsbedingungen fertiggestellt.

(B.Z.) Paris, 6. Nov. (Agence Havas) Der oberste Kriegsrat in Versailles hat vorgestern seine Arbeiten mit einer vollen Verständigung zwischen allen daran teilnehmenden Mitgliedern abgeschlossen.

Anmachende Haltung Lloyd George's.

(B.Z.) London, 5. Nov. Reuter meldet: Lloyd George kündigte im Unterhause an, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht hätten, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, wenn sie die Waffenstillstandsbedingungen zu erfahren wünsche, denen die Alliierten zustimmten, so solle sie sich in der üblichen Weise an Hoch wenden. (Lauter Beifall.)

Das Telegramm der Kaiserin an Wilson.

Strasburg, 5. Nov. Das Telegramm, das von der elsässischen Versammlung im Sängersaal an Wilson gesandt wurde, lautet folgendermaßen: Herr Präsident! Eine am 3. November 1918 in Strasburg tagende Versammlung alt-elsässischer Bürger verschiedenster Parteirichtungen und Berufsstände stellt sich mit aller Entschiedenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wie es von Ihnen formuliert wurde und bittet Sie, mit Ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem elsässischen Volk die Ausübung dieses Rechtes restlos gewährleistet wird, weil nur dadurch ein nochmaliger Krieg um Elsaß-Lothringen verhindert werden kann. (Geg. Professor Dr. med. Bürz-Strasburg, Universitätsprofessor Dr. Ehrhardt-Strasburg, Stadtrat Ellg-Kolmar, evangelischer Pfarrer Grunder-Hagenau, Seminardirektor König-Strasburg, katholischer Pfarrer Sigwald-Kunzenheim.)

Polen von den Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht anerkannt.

(B.Z.) Washington, 4. Nov. Die Vereinigten Staaten erkennen die polnische Armee als autonom und kriegsführend unter der höchsten Autorität des polnischen Nationalrates an. (Es ist klar, daß es sich hier wieder um einen Hieb gegen Deutschland handelt. Die Polen sollen in den Krieg gegen Deutschland gehetzt werden. Das heißt man Wilsonsche Friedensliebe. Die Schriftl.)

Drohende Haltung der Polen gegenüber Deutschland.

Berlin, 5. Nov. Aus Warschau wird der „Nationalzeitung“ gemeldet: Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen werden von Tag zu Tag gespannter und haben namentlich in den letzten Stunden einen sehr ernsten Charakter angenommen. Die aktivistische Regierung, das Kabinett Steczkowski, die tatsächlich trotz aller ihrer Dementi die Belassung der deutschen Okkupations-truppen hier erbeten hatte, ist wegen ihrer Deutschfreundlichkeit gestürzt und durch das ausgesprochen ententefreundliche Kabinett Swiezynski ersetzt worden. Das neue Kabinett hat, ohne sich mit dem Regenschaftrat zu verständigen, die Republik proklamiert. Daraufhin hat der Regenschaftrat dem Kabinett die Demission zugesandt. Das Kabinett hat davon keine Kenntnis genommen. Der Ausgang des Konfliktes ist vorläufig noch nicht zu übersehen. Die mehrfachen Versuche des deutschfreundlichen Prinzen Janusch Radziwill, ein neues deutschfreundliches Kabinett zu bilden, sind gescheitert. Die neue Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die deutschen Truppen möglichst bald Polen zu verlassen haben. Die polnische Regierung hatte am 2. November

In die deutsche Regierung eine Verbalnote gerichtet, in welcher die Ueberweisung der ganzen Verwaltung bis zum 15. November an die polnischen Behörden verlangt. Ferner forderte sie die Ueberweisung der Post-, Telegraphen- und Telefon-Anlagen, sowie Uebergabe sämtlicher Bergwerke und industriellen Anlagen samt Maschinen usw., die sofortige Einstellung jedweder Requisition und jedweder Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln im weitesten Sinn zu Wasser, zu Lande usw., die Wiedererhaltung von 40 000 Tonnen Getreide aus der diesjährigen Ernte, die dieses Jahr nach Deutschland ausgeführt worden sind, die Ueberlassung der gesamten Eisenbahnen samt allem volkenden Material usw. Der Generalgouverneur Warschau, welcher die Verbalnote in Abschrift erhielt, antwortete gestern folgendermaßen: Die Uebernahme der Verwaltung durch die polnische Staatsregierung ist abhängig vom vorherigen Abschluß eines Abkommens mit der deutschen Reichsregierung, welches dem Deutschen Reich eine noch zu vereinbarenden Rohstoff- und Lebensmittelmenge im Austausch gegen notwendige Bedürfnisse des polnischen Staates sichert, dem Deutschen Reich bestimmte rechtliche und wirtschaftliche Sicherungen gewährt und die Lage des Besatzungsheeres sichergestellt, solange die militärische Okkupation dauert. Die Uebergabe der Verwaltung war für den 1. Januar 1919 vorgesehen und soll nach Möglichkeit beschleunigt werden. Daraus hat der polnische Außenminister Slowinski noch gestern unter anderem geantwortet: Die kategorische Forderung, bis zum 15. d. M. die ganze Verwaltung in polnischer Hand zu übergeben, wird hiermit wiederholt.

England und Finnland.

(W.B.) Helsingfors, 3. Nov. In einem Pressegespräch mit einem Mitarbeiter der „Helsingin Sanomat“ erklärte Lord Cecil, es sei kein Grund vorhanden, weshalb nicht fremdliche Beziehungen zwischen England und Finnland herrschen könnten. Finnland könne ein selbständiger Staat werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit des Volkes die Selbstständigkeitsbestrebungen unterstütze. England habe nichts dagegen, freundschaftliche Beziehungen mit der finnischen Regierung einzuleiten, sofern sie nicht aus Personen bestände, die in Verbindung mit Deutschland oder dem deutschen Militarismus gefunden haben. — Also immer wieder der Haß gegen Deutschland.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Erzbischof Piffel über die Oesterreich-ungarische Frage.
(W.B.) Wien, 5. Nov. Nach den Blättern hat Fürst-erzbischof Piffel in der Döbblinger Karmeliterkirche über die gegenwärtigen Verhältnisse gesprochen und gesagt, die grundsätzliche Frage für die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung sei die, ob Republik oder Monarchie. Als Katholik trete er in Deutsch-Oesterreich für den monarchischen Gedanken ein, nicht als ob die katholische Kirche grundsätzlich keine andere Regierungsform zuließe, sondern weil wir zunächst keinen Grund haben, dem Kaiser die Treue zu brechen, der sich seit zwei Jahren Tag und Nacht für seine Völker müht und opfert, weil wir in einer monarchischen Regierungsform auf demokratischer Grundlage die sicherste Gewähr für eine ruhige und gedeihliche Entwicklung der Oesterreichischen Völker, ganz besonders des deutschen Volkstammes, erblicken und weil wir glauben, daß in einer Monarchie, in welcher dem Volk die ihm gebührende Macht gewährleistet ist, sein Geschick zu entscheiden, das Glück des Volkes besser bewahrt ist, als in einer Republik. Wollen unsere neugegründeten Nationalstaaten nicht zur vollen Bedeutungslosigkeit herabsinken, so werden sie sich früher oder später doch wieder zusammenschließen müssen. — (Uns scheint, der Erzbischof ist da etwas Optimist. Und dann sollen ausgerechnet die Deutsch-Oesterreicher dem Kaiser nicht die Treue brechen, während dieser sie vollständig im Stich gelassen hat. Die Schriftl.)

Ungarisch-Kroatische Verbindung.

(W.B.) Budapest, 6. Nov. Ministerpräsident Graf Karolyi richtete namens des ungarischen Nationalrats ein Telegramm an den kroatischen Nationalrat, worin er sich namens der gesamten ungarischen Nation mit warmem Gefühl der brüderlichen Liebe an den kroatischen Nationalrat wendet und darauf hinweist, daß das slowakische Volk von Ungarn weder durch Haß noch durch Interessengegenstände, sondern bloß durch die verbreiterte Politik einer haßstarrigen Klasse getrennt war. Für die Befriedigung, die das Nationalgefühl des slowakischen Volkes erdulden mußte, sei nicht das ungarische Volk verantwortlich. Dieses werde alles tun, um die Verbrechungen der Vergangenheit gut zu machen. Graf Karolyi gab der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die beiden Völker, die aufeinander angewiesen seien, in friedlicher Verständigung und brüderlichem Zusammenwirken eine schöne Zukunft und die Garantie eines besseren Lebens finden werden. — Der kroatische Nationalrat antwortete mit freundlicher Genugtuung über die Begrüßung, die er ausrichtig erwiderte. Die Vertretung der ungarischen Nation spreche zum erstenmal zu den Slowaken wie ein Bruder zum andern. Der slowakische Nationalrat habe den von Wilson gekennzeichneten und von den ungarischen Vertretern anerkannten Rechtszustand angenommen.

Ein bedauerlicher Zwischenfall beim Abtransport gefangener Russen aus Wien.

(W.B.) Wien, 5. Nov. Der gestrige Tag ist in Wien im allgemeinen ruhig verlaufen. Der Eisenbahnverkehr steht im Zeichen des Rüdtransports der nationalen Truppenteile und der aus den Kriegsgefangenenlagern abgeleiteten Transporte. Dies hat auf den Bahnhöfen große Ansammlungen von Mannschaftengruppen zur Folge, was heute auf dem Nordbahnhof zu einem bedauerlichen Zwischenfall führte. Ueber ihn meldet die „Korrespondenz Wilhelm“: Wie bekannt, werden die russischen Kriegsgefangenen zur Rückbeförderung in die Heimat an die Grenze des tschechoslowakischen Staates gebracht. Der Nordbahnhof ist tagsüber von russischen Truppen umlagert. Gestern mittag um 12 Uhr ist ein Trupp von etwa tausend russischen Kriegsgefangenen zum Nordbahnhof eskortiert worden. Eine Sicherheits-

An die Ortsbehörden.

Mit Rücksicht auf die Spannung in der Belieferung des Bezirks mit Kohlen werden die Ortsbehörden aufgefordert, für den Notfall die nötigen Maßnahmen zu treffen, daß größere Mengen Brennholz zur Verfügung des Publikums gehalten werden können.

Falls tatsächlich Kohlenmangel eintreten sollte, wird die Bezirkskohlenstelle gezwungen sein, die Verbraucher für die Lieferung von Brennstoffen an die Gemeindebehörden zu verweisen. Calw, den 4. Nov. 1918.

R. Oberamt: G. D. S.

wache begleitete die Russen und sie gingen ruhig und in Ordnung zum Bahnhof. Als die beiden Wächterposten des Schützenregiments die Russen herankommen sahen, bemerkten sie nicht, daß die Kriegsgefangenen eskortiert waren und glaubten, daß sie auch eine solche Horde vor sich hätten, wie sie anderwärts einen Ueberfall auf den Bahnhof plante. Angesichts der erdrückenden Uebermacht gaben die beiden Posten Alarmgeschüsse in die Luft ab. Die militärische Bahnhofsache, die die Schüsse hörte, glaubte nun, daß es sich um einen Ueberfall seitens meuternder Russen handele und gab einige Schüsse gegen die Kriegsgefangenen ab. Man hörte einhalb Hilsenrufe und erst jetzt löste sich der beflaggenerte Trupp auf. Vom Bahnhof kam alsbald Hilfe. Die verwundeten Russen wurden verbunden und ins Hospital gebracht. 5 Russen erlitten schwere Schußwunden, 2 Russen wurden getötet. Ein Gerücht sagt, daß vier Russen ums Leben gekommen seien. Eine strenge Untersuchung des Tatbestandes wurde eingeleitet. Unter den andern Kriegsgefangenen verursachte der Vorfall große Aufregung, doch gelang es bald, die erregten Gemüter zu beschwichtigen.

Freier Durchzug der deutschen Truppen durch Ungarn.

(W.B.) Budapest, 4. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die durch Ungarn durchziehenden Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert weiter zu befördern sind.

(W.B.) Budapest, 4. Nov. (Ung. Korr.-B.) Gegenwärtig sind nur noch zwei reichsdeutsche militärische Amtsstellen in Budapest tätig, die jedoch durch Zivilbeamte versehen werde, und zwar das Bahnhofskommando und das sog. Ueberwachungskommando, die die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Truppen nach ihrer Heimat zu befördern. Außer diesen auf dem Durchzug befindlichen deutschen Mannschaften stehen in Ungarn keine deutschen Soldaten mehr.

Die Gefahr des zurückkehrenden Oesterreich-ungarischen Armees für Südtirol.

(W.B.) Innsbruck, 5. Nov. Aus dem Süden langen unangenehm mit Soldaten vollgefüllte Züge ein, deren Weitertransport mit aller Energie betrieben wird, wenigstens die nötigen Transportmittel und die nötigen Verpflegungsmittel mangeln. Der Nationalrat von Tirol und mit ihm alle militärischen und Zivilbehörden sind bemüht, die Gefahr abzuwenden, daß die Truppen der 10. und 12. Armee Nordtirol überfluten und mangels geordneter Verpflegung plündernd den Weg durch das Land in ihre Heimatländer suchen. Diesen Zweck sollen vor allem etappenweise errichtete Verpflegungsstationen dienen, für welche von allen möglichen Seiten bereits Lebensmittel und Hilfe erwartet wird. Die Bildung von Grenztruppen, die die ankommenden Truppen an geeigneter Stelle zur Entwaffnung veranlassen sollen, ist bereits in Angriff genommen worden. In Innsbruck, sowie in den Randgemeinden wird mit allem Nachdruck die Bildung von Bürgerwehren betrieben. Außer der Plünderung einiger Waggons Lebensmittel auf dem Innsbrucker Frachthof sind bisher keine Ausschreitungen vorgekommen. Die meisten Kriegsgefangenen konnten bereits aus der Stadt entfernt werden. Die Italiener verliehen gestern ihr Lager, konnten aber bis zum Abend wieder gesammelt werden, um dann gleichfalls möglichst rasch in die Heimat befördert zu werden.

Die Stodawerke tschechisch.

(W.B.) Wien, 5. November. Die Blätter melden aus Pilsen: Heute sprach beim heiligen Karolny Bibor eine Abordnung der Stodawerke mit Baron Stoda an der Spitze, um bezüglich der Stodawerke zu verhandeln. Baron Stoda wurde vom Nationalausschuß bedrängt, daß er sich sofort mit seiner Arbeiterschaft bezüglich ihrer Wünsche ins Einvernehmen setzen müsse. Auch in nationaler Hinsicht wurden ihm Vorwürfe gemacht. Baron Stoda erklärte sich bereit, alle Wünsche und Beschwerden zu erfüllen. Er erbat sich nur Schutz für sein Eigentum; im übrigen werde er die verlangten Zugaben und Forderungen durchzuführen. Es handelt sich in nationaler Hinsicht um die Ausschließung aller deutschen Beamten und Arbeiter, in sozialer Hinsicht um den Achtstundentag und sonstige soziale und Lohnforderungen. — (Die Stodawerke hatten für Oesterreich-Ungarn die Bedeutung, die Krupp für Deutschland hat. Ihre großartige technische Entwicklung haben die Werke aber durch die deutschen Ingenieure und Techniker erhalten. Die Schriftl.)

Zur Ermordung des Grafen Tisza.

(W.B.) Budapest, 2. Nov. (Ung. Korr.-B.) Die Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung des Grafen Tisza hat folgendes ergeben: Der Postenführer der 7 Mann starken Wache, die vor dem Hause des Grafen Tisza stand, sagte aus, daß eine Menge, die aus 60 bis 70 Personen bestand, sie angriff und überwältigte. Hierauf wurde die Haustür erbrochen. 6 Soldaten drangen in Begleitung einer Zivilperson in die Wohnung ein, wo sie den Anschlag verübten. Ein Gärtnerbursche, der die eindringenden Soldaten sah, sagte aus, daß die Soldaten die Felduniform eines Infanterieregiments trugen und vollkommen ausgerüstet waren.

Die direkten Urheber des Weltkrieges aus der Haft entlassen.

(W.B.) Serajewo, 6. Nov. (Ung.-Slov. Pr.-B.) Bei der Entlassung politischer Häftlinge in Bosnien und der Herzegowina sind auch die des Nordes an dem Erzherzog Franz Ferdinand Verdächtigen und Schuldigen entlassen worden.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 5. Nov. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz: Zwischen der Schelde und der Dife haben die Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz von Artillerie und Panzerwagen versuchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unsern an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzuhalten und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unsern Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebourg-Wargnies le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Drie zum Scheitern gebracht. Wargnies le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Queznoy vordringenden Angriff brachten wir schließlich von Wargnies le Petit und bei Volmeke zum Stehen. Le Queznoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde befehlsgemäß geräumt. Der gegen den Wald von Normal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag hinter unsern vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Difekanal abgewiesen. Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Der Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Stoß östlich von Volmeke, südlich des Waldes am Sambre-Difekanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Ors und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Catillon stieß der Feind in etwa 1-2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße La Groisse-Difekanal Kampfstrecken zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Fesnoy und nordöstlich Cireuz brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Cireuz und der Dife konnte er an einzelnen Stellen das Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vordersten Stellungen hinaus vorzudringen. Südlich der Dife sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Dämmerung heftige Angriffe südlich von Guise bei La Herie und gegen Bois de Pargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß abgewiesen.

An der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chesne und Sommauthe scheiterten Teilverstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Wald von Deuleul wiesen unsere Truppen starken Angriffen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vordrangen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas schützten starke Angriffe, westlich der Mosel Teilverstöße der Amerikaner.

Der Chef des Generalstabs des Feldheeres: Gröner.

Die gestrige Abendmeldung.

(W.B.) Berlin, 5. Nov. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: An der gestrigen Schlachtfeldfront zwischen Schelde und Dife haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Die Bewegungen sind plangemäß verlaufen. Heute fanden hier nur Einzeldämpfe statt.

Grausame Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

(W.B.) Berlin, 5. Nov. Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen immer bösser und grausamer. Obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat, werden noch immer die Deutschen bei der Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stappengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Ueberissen, verhungert und krank, treffen sie in den dauernd überfüllten Stichtungslagern Rouen-Croisset, Orleans und Fort d'Alenieres bei Dijon ein. Hier kommt auf drei Mann ein Strohsack. Trotzdem liegen noch viele Deutsche seit August ohne Decke im Freien. Die Nahrung ist so ungenügend, daß die Kriegsgefangenen sich auf Speisereste, Abfällschalen und rohe Feldfrüchte stützen. Bekleidung wird ihnen nicht geliefert. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon im Gefangenenlager anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Wegen die nichtswürdigen Verletzungen des Völkerechts ist sofort energischer Protest eingelegt worden. Ferner wurde die schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht, die Verhältnisse in den Stichtungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu bringen.

Die Italiener in Tirol.

(W.B.) Wien, 5. Nov. Aus Bozen melden die Blätter: Die ersten italienischen Offizierspatrouillen sind hier in Kraftwagen von Trient eingetroffen. In Bozen, Gries und Meran herrscht eine ruhige aber gedrückte Stimmung.

Italienische Hinterhältigkeit überall.

(W.B.) Wien, 6. Nov. Amtlich wird verlautbart: Im Punkt 1 der zwischen dem Armeoberkommando und der italienischen Seeresleitung abgeschlossenen Waffenstillstandsbedingungen wurde die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft vorgesehen. Am 3. Nov. um 3 Uhr früh wurde an die Armee der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben. 8 Stunden später erfuhr das Armeoberkommando, daß die italienische Seeresleitung nachträglich festge-

fehlt hat, die Feindseligkeiten erst 24 Stunden nach Unterzeichnung eintraten. Das Armeekommando legte gegen diese plötzliche Aenderung der bereits unterzeichneten Bedingungen Beschwerde ein und wies auf die technische Unmöglichkeit hin, den dem eigenen Heere bereits erteilten Waffenstillstandsbefehl zurückzunehmen und verlangte neuerdings sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die italienische Heeresleitung zeigte sich aber nicht geneigt, den durch den berechtigten Wünschen des Armeekommandos zu willfahren. Die italienischen Truppen näherten sich die Unklarheit der Lage aus, um noch militärische Erfolge zu erzielen. So fuhren im engen Bistertal unseren dicht aufgeschlossenen Kolonnen plötzlich italienische Panzerautos mit Maschinengewehren und Geschützen vor, machten schließlich Halt und erklärten die überholten Truppen — mehrere Divisionen — als Gefangene. Auf Widerstand waren sie nicht gestoßen, da unsere Leute die Feindseligkeiten bereits eingestellt hatten. Das Armeekommando hat gegen diese Vorgänge nochmals protestiert und die Freilassung aller auf so gewaltsame Weise gefangen genommenen Leute gefordert. Die Antwort ist noch nicht eingetroffen.

Vermischte Nachrichten.

Eine neue Kreditvorlage.

(B.S.) Berlin, 5. Nov. Wie die Abendblätter melden, ist dem Reichstage heute eine abermalige Kreditvorlage von 15 Millionen zugegangen. Ein vierter Nachtrag zum laufenden Reichsetat fordert zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 100 Millionen im Wege des Kredits an. Sie sollen zur Gewährung von Baukostenzuschüssen dienen, die zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit notwendig sind. Im ganzen sollen für diesen Zweck 500 Millionen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ein schweres Eisenbahnunglück.

(B.S.) Saarbrücken, 5. Nov. (Amtlich.) Gestern abend gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Wöhringen nach Bux in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 14,8 durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht, doch war ein Böschchen des Wagens nicht mehr möglich, so daß der ganze obere Wagenkasten ausbrannte. Hierbei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gange.

Wie es in Frankreich aussieht.

* Herr Landtagsabgeordneter Staudenmeyer stellt uns folgenden an ihn gerichteten Brief zur Verfügung, der uns zeigt, wie die Verhältnisse in Frankreich heute liegen. Wir sehen aus den Darstellungen, daß wir noch lange nicht gezwungen sind, einen bedingungslosen Frieden einzugehen, denn die Franzosen haben mehr als genug, was von verschiedener Seite beklagt wird.

Althengstett, den 19. Okt. 1918.

Gehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!
(G.S.) In bezug auf Ihren Artikel im „Calwer Tagblatt“ vom 18. d. Mts. erlaube ich mir, Ihnen diese Zeilen zukommen zu lassen, mit der Hoffnung, daß dieselben wenigstens in Ihrer Nähe der Wahrheit ein wenig Platz machen

möchten. Gewiß durchlaufen wir eine sehr ernste und schicksalshwere Stunde, aber wer kann es sich vorstellen, wie diese Stunden vier Jahre lang in Frankreich schlügen? Nur der, der sie miterlebt, oder besser gezwungenerweise miterleben mußte.

Da ich vor acht Tagen als Zivilgefangener aus französischer Gefangenschaft zurückkam, war und bin ich heute noch sehr verwundert, so viel niedergeschlagene Gesichter zu sehen, da wo ich hoffte, noch alles frisch und hoffnungsvoll zu finden, und welche Enttäuschung für mich, die Leute sprechen zu hören, als ob der Feind schon hier im Lande wäre. Da ich nun schon 20 Jahre in Frankreich lebte und dort anständig war und auch noch Familie dort habe, also genau weiß, wie es dort heute steht und aussieht, halte ich es für meine Pflicht, Sie, Herr Landtagsabgeordneter, hauptsächlich aufzuklären. Vor allem muß gesagt werden, daß das ganze französische Volk nicht nur seit vier Monaten, sondern seit vier Jahren das Recht hat, niedergeschlagen zu sein und auch schon lange den Frieden möchte. Aber es ist bekannt, daß die Franzosen überhaupt schon lange nichts mehr zu sagen haben, und die Presse selbst hat nur die Aufgabe, die gefallene Moral von Zeit zu Zeit künstlich aufzupeitschen. Trotzdem weiß nun endlich auch selbst der dümmste französische Bauer, daß, ob nun die Entente steht oder verliert, der Franzose doch immer der Geschlagene bleibt. Dazu rechnen sie jetzt noch die großen Geldverluste, gerade das Geld, welches hauptsächlich aus dem Volk gekommen ist und an Rußland geliehenen Sozialagen verloren ist, da ja selbst das französische Gouvernement sich weigert, auch nur die Renten zu zahlen. Mit einem Worte: wie ich hier höre und sehe, sind die Umstände in Deutschland noch bei weitem nicht halb so schlimm als dort in Frankreich.

Karten gibt es auch für alle Gegenstände: Brot, Fleisch, Kohlen, Petroleum, Zucker, Tabak usw.; aber wie immer in Frankreich, macht man die Karten erst dann, wenn überhaupt nichts mehr da ist. Es ist unmöglich, in Frankreich selbst für vieles Geld, Kohlen, Petroleum, Zucker und Tabak aufzutreiben.

Die Landwirtschaft hat noch am meisten zu leiden unter der unglaublichen Schlamperei und Unordnung, die in allem liegt; es ist unmöglich, irgend etwas von einem Ort zum andern zu transportieren, sei es nun mit der Bahn oder Fuhrwerk. Wenn ich hier auch nicht alles niederschreiben kann, glauben Sie mir, daß die Lage dort in allem (ausgenommen für Kleider und Schuhe) weit schlechter ist als hier.

Viele meiner Landsleute machen mich auch darauf aufmerksam, daß die Gefangenen noch so viel Weißbrot und Zwieback erhalten. Wie ich bestimmt weiß, gibt es in Frankreich kein Weißbrot mehr, es gibt nur ein einziges Nationalbrot, und dieses ist genau wie hier unser Bauernbrot. Das Weißbrot für die Gefangenen wird von den Amerikanern hergestellt aus Reismehl. Ueberhaupt sind die ganzen Gefangeneneinheiten nun darauf berechnet, um in Deutschland glauben zu machen, daß es dort noch glänzend stehe. Es ist natürlich sehr bedauerlich, daß die meisten von unsern Landsleuten darauf eingehen. Fast jeden Tag könnten wir in Frankreich lesen, daß mit den Waffen nichts gegen Deutschland zu machen ist; das einzige wäre, die deutsche Moral zu schwächen, und das wird nun auch von allen Seiten versucht. Was hat man uns nur alles erzählt vor unserer Heimreise, und leider ist es Ihnen auch gelungen, viele von den unsrigen dort als freiwillig Bleibende zurückzuhalten. Aber andererseits sind zehn geborene Französinen trotz allen Widerstandes und unaussprechlichen Scherereien mit uns gekommen. Ebenso hat man es auch mit mir versucht, um dort zu bleiben; aber auch hier meine eigene Familie und Verwandten haben mir geraten, Frankreich zu verlassen; denn nach Friedensschluß geht es ganz sicher noch schlechter als in 1870.

Nun glaube ich, geehrter Herr, Ihnen die Lage ein wenig geklärt zu haben und wünsche, daß unsere Schwarzzeher nur acht Tage lang dorthin befördert werden könnten, um alles mit eigenen Augen anzusehen und mitzumachen.
Hochachtungsvoll zeichnet
P. R.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. November 1918.

Beförderung.

Bisepelweibel Paul Bolkings von Liebenzell ist zum Leutnant d. R. befördert worden.

Neue Höchstpreise für Most.

Die fortwährenden Preissteigerungen beim Verkauf von Most haben die Landesverorgungsstelle veranlaßt, bei der zuständigen Reichsstelle für Gemüse und Obst wegen der Festsetzung von Höchstpreisen für Most vorstellig zu werden. Die Reichsstelle hat nunmehr diese Höchstpreise festgelegt. Hierbei war die neuerdings für Most zu entrichtende Steuer in Rechnung zu ziehen. Mit Einrechnung der Steuer wurde für Most der Jahrgänge 1917 und 1918 von der Reichsstelle ein Erzeugerhöchstpreis von 70 J und ein Ausschankhöchstpreis von 1 M für das Liter festgelegt. Die Landesverorgungsstelle hat ihrerseits die Bestimmung getroffen, daß die Verkaufspreise in Gast- und Schankwirtschaften und solchen Betrieben, welche Most im Kleinverkauf abgeben, deutlich sichtbar anzuschlagen sind. Durch diese Bestimmungen werden die übrigen, für den Verkehr mit Most erlassenen Vorschriften nicht berührt; insbesondere bleibt also die Bestimmung in Geltung, wonach Obstmost des Jahrgangs 1918 und früherer Jahrgänge, soweit es sich um Mengen von mehr als 5 Liter handelt, nur mit Genehmigung der Landesverorgungsstelle abgesetzt werden darf.

Wucherpreise für Kartoffeln.

Der Bauer Wilhelm Kröner in Marzgröningen (Ostl. Ludwigsburg) ließ sich von einem Stuttgarter Abnehmer für den Zentner Kartoffeln 14 M bezahlen. Auf Veranlassung des Kriegswucherramts wurden seine gesamten Kartoffelvorräte beschlagnahmt und dem Kommunalverband Ludwigsburg zur Verfügung gestellt. Wegner Kröner wird Strafanzeige erstattet.

Stuttgart, 6. Nov. Die Stadtgemeinde soll eine Anzahl Schlachttiere, teils lebend, teils geschlachtet, zugewiesen erhalten, die unter die Besteller verlost werden sollen. Auch die geschlachteten Gänse werden nur in ganzen Stücken abgegeben. Der Verkaufspreis wird voraussichtlich für 1 Stück lebend 20,50 M, für 1 Pfund des beim Eintreffen vorhandenen Schlachtgewichts 4,25 M betragen; eine etwa notwendige Preiserhöhung muß vorbehalten bleiben. Die Besteller, auf die bei der Verlosung eine Gans entfallen ist, werden hievon benachrichtigt werden und sind verpflichtet, das ihnen zufallende Stück innerhalb 24 Stunden nach der Benachrichtigung abzuholen und ohne jede Einrede bar zu bezahlen.

(S.S.) Eßlingen, 5. Nov. Morgen werden es 50 Jahre seit der Angliederung einer Fachschule für Maschinenbau an der Baugewerkschule in Stuttgart. Seit 1911 ist sie unter dem Namen „Höhere Maschinenbauerschule“ von der Baugewerkschule abgetrennt, seit 1914 hat sie ein eigenes Heim. Die Schule hat es zu ansehnlicher Blüte gebracht, aber der Krieg hat eine jäde Unterbrechung verursacht, da nicht weniger als 222 Schüler im Felde stehen.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

R. Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute bei der offenen Handelsgesellschaft „Gleichenrath & Klinger, Weinhandlung in Calw“ eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.
Den 2. November 1918.

Oberamtsrichter: Schwarz.

Statt Karten.

Joseph Fritz

Emma Fritz

geb. Schmid

Vermählte

Hirsau, 5. November 1918.

Hunde an die Front!

Bei den gewaltigen Kämpfen im Westen haben die Hunde durch stärksten Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtigen Stellungen gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist das Leben erhalten, weil Hunde ihnen den Weg abnahmen. Militärisch wichtige Meldungen sind durch Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde überall bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer kriegsbrauchbarer Hunde, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier dem Vaterlande zu leihen!

Es eignet sich Schäferhund, Dobermann, Akita-Terrier, Rottweiler, Jagdhunde, Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner Doggen und Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindest 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachbreitern in Hundeschulen abgerichtet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Abholung erfolgt durch Ordnungen.

Also Besitzer: Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes! Die Anmeldungen für Kriegshund- und Meldehundschulen an Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 152, Abteilung Kriegshunde, richten.

Kräftiger Junge für Hausarbeiten gesucht.

Neue Handelsschule.

Vom 15. Nov. ab bleibt meine

Badeanstalt geschlossen.

H. Schnürle, Bäckerei.

Witzenberg.

Einen Butz reine

Milch-

Schweine

so wie 2 Stück Läufer-schweine

verkauft

E. Marie Beutler.

Alsburg.

Eine trüchtige, gute

Milch-

Ruh

verkauft

Friedr. Mohr, b. Ohjen.

Sonntag, den 10. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, findet im Saale des „Bad. Hof“ hier eine

öffentliche

Bersammlung

statt. Tagesordnung: „Die politischen Vorgänge u. die Sozialdemokratie“.

Referent: Herr B. Heymann, Landtagsabgeordneter in Stuttgart.

Hierzu ist jedermann aus Stadt und Land, auch Frauen, freundlichst eingeladen. Freie Diskussion.

Der Einberufer: J. A. R. Störr.

Ofenröhren,

Ofenrohrbogen

empfiehlt Emil Retter, Weilderstadt.

Oberhangstett.

Eine gute Milch- u. Schaff-

Ruh

(Graubünder Rasse), 34 Wochen trüchtig, hat zu verkaufen

Georg Schötle, Straßenw.

Althengstett.

Eine sehr gute

Schaff-

Ruh

unter zwei die Wahl, verkauft

Gottlob Günther.

Zwergenber, den 4. November 1918.

Trauer-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß ist mein einziger, erwachsener Sohn



Fritz

Fahrer, Inh. des Eis. Kreuzes,

den 30. September d. J. durch eine feindliche Granate bei Laon ein Opfer für sein Vaterland geworden.

Im Namen seiner Angehörigen:

der Vater: Friedrich Klotz, Gemeindepfleger.

Trauer Gottesdienst Sonntag, den 10. November, nachmittags 1/2 2 Uhr.

Calw, den 5. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Gatten, Vaters, Schwagers und Schwiegerohnes



Fritz Nichele,

erfahren durften, sprechen wir Allen unseren innigsten Dank aus, besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, sowie den Herren Kollegen vom Geschäft, für die vielen Blumen Spenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Die schwergeprüfte Gattin Katharine Nichele mit ihrem Kind, die trauernden Geschwister: Karl und Anna.

Neubulach, den 4. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und der vielen Blumen Spenden, welche uns bei dem Hinscheiden unserer lieben, unvergeßlichen Gattin, Mutter, Tochter und Schwiegertochter



Mare Schmidt

geb. Dittus

zuteil wurden, sprechen innigsten Dank aus die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, den 5. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem schweren Verluste meines lieben, unvergeßlichen Mannes, unseres treubeforgten Vaters, Schwagers und Onkels



Karl Ehret

erfahren durften, sowie allen denjenigen, welche ihm in seiner Dienstzeit Gutes erwiesen haben, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

In tiefer Trauer:

Emilie Ehret mit ihren 4 Kindern.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 4 1/2 % Schakanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2 % Schakanweisungen von 1918 Folge VIII können vom

4. November ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 5 % Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein.

v. Grimm.

Holzbronn, den 6. November 1918.

Trauer-Anzeige.

In tiefem Schmerz teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber, unvergeßlicher Sohn, Bruder und Neffe



Kanonier

Gottlieb Erhardt

nach über 5jähriger treuer Pflüchterfüllung im Alter von 25 Jahren am 3. Oktober in einem Feldlazarett infolge schwerer Krankheit gestorben ist.

Dies zeigen in tiefer Trauer an:

die Mutter: Katharina Erhardt

der Bruder: Gottfried Erhardt, z. Zt. in Urlaub

die Schwester: Frida Erhardt.

Der Trauer Gottesdienst findet am Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 1/2 2 Uhr statt.

Nun hast Du ausgestritten
In dieser schweren Zeit,
Doch hoffen wir, daß broden
Ein Widersehn uns freut.

Ein jüngerer, aufgeweckter

Bursche

findet in der Druckerei
ds. Bl. bauernbe
Beschäftigung.

Gegen doppelte Sicherheit

3000 Mk.

auszuleihen.

Anfragen unter 1000 an die
Geschäftsst. ds. Bl.

Veteranen- u. Militär- Berein Calw.



Die beiden Vereine
beteiligen sich an der
Beerdigung des
Kameraden

Albert Weißmann

am Donnerstag nachmitt. 4 Uhr.
Sammlung 1/4 4 Uhr. Wir bitten
um zahlreiche Beteiligung

Die Vorstände: Seeger, Schnauer.



Singstunde

Heute Mittwoch
Abend 8 Uhr im
Bad. Hof.

Vollzählig erscheinen B.

Kaffee-Ersatz,

Bouillon-Würfel

8 St. 10 Pfg., 5 St. zu 20
und 25 Pfg.

„Bandal“ = Fleischertrakt-(Ersatz),

erprobte Qualität.

R. Otto Vincon, Calw.

Eine willkommene Feld-
post ist für den Feld-
grauen das Heimatblatt.